

„Soll der Godorfer Hafen weiter ausgebaut werden?“



Zur Beantwortung dieser Frage werden am **10. Juli** rund **90000** Kölner_innen an die Urnen gerufen. So hat es der Rat der Stadt Köln beschlossen, um den jahrzehntelangen Streit zwischen Befürwortern und Gegnern des Hafenausbaus zu entscheiden. Unabhängig davon, dass die Fragestellung schon eine Unverschämtheit darstellt und die Antwort nur ein entschiedenes und nachdrückliches „Nein!“ sein kann, ist es natürlich zu begrüßen, dass die Stadt Köln „mehr Demokratie wagen“ will. Zum Verständnis des Sachverhaltes bedarf es einer umfassenden Chronologie der Ereignisse.

Schon in den **80er und 90er Jahren** scheitern diverse Versuche die Kapazitäten des Godorfer Hafens zu erweitern. Mal an fehlender Wirtschaftlichkeit, mal an fraglicher Finanzierung. Aber auch ökologische Einwände werden immer häufiger vorgebracht. So verweist das Schifffahrtsamt beispielsweise 1993 auf Probleme mit Versandung und Strömungsverhältnissen. 2001 lehnt die Bezirksregierung die Ausbaupläne mit der Begründung ab: „Zusätzliches Gewerbe auf Kosten des Naturschutzes ist unzulässig.“ Und das ist das Problem: Dort wo der Hafen ausgebaut werden soll, befindet sich keinesfalls Brachland sondern ein ca. 18 Hektar großes Naherholungs- und Naturschutzgebiet: Die Sürther Aue. Zu deren Erhalt taten sich schon früh Anwohner und Naturschützer in diversen Bürgerinitiativen und Aktionsgemeinschaften zusammen. Betreiber des Godorfer Hafens ist das Logistikunternehmen „Häfen und Güterverkehr Köln AG“, das seit 1992 im Bereich Umschlag und Transport von Gütern tätig ist. Die HGK ist darüber hinaus eine städtische Beteiligungsgesellschaft, d.h. eine Tochtergesellschaft unter dem Dach des Stadtwerke-Konzerns. Deshalb sind diverse Mitglieder des HGK-Aufsichtsrats auch Mitglieder des Rates der Stadt Köln.

Am **30. August 2007** beschließt eben dieser Rat mit den Stimmen von SPD und CDU den Ausbau des Godorfer Hafens, da dieser angeblich wirtschaftliche Vorteile mit sich brächte. Nach einem von der HGK selbst erstellten Gutachten bringt angeblich jeder Euro, der in den Hafen investiert würde einen Ertrag von 2,50 Euro. Außerdem würden bis zu einhundert Arbeitsplätze entstehen. Und das bei geschätzten Ausbaukosten von schlappen

60 Millionen Euro. Fast geschenkt also. Was den Unmut der Ausbaugegner vor allem befördert, sind die allzu positiven Zukunftsprognosen, die in die Hochrechnungen einfließen. Eine ökonomische Krise, wie sie sich damals gerade real abzeichnet, ist schlichtweg nicht vorgesehen. Es drohen Überkapazitäten und eine gigantische Fehlinvestition. Die Bürgerinitiativen bringen daraufhin ein Bürgerbegehren (nach §26 GO) auf den Weg, mit dem Ziel den o.g. Ratsbeschluss zu kippen. Obschon „nur“ 23000 Unterschriften nötig gewesen wären, schaffen es die Hafengegner tatsächlich 37625 Kölner_innen zur Unterschrift zu bewegen. Die Listen werden am **29. November 2007** im Technischen Rathaus dem sichtlich beeindruckten Baudezernenten Bernd Streitberger übergeben.

Am **17. Januar 2008** erklärt der Kölner Oberbürgermeister Fritz Schramma, das Bürgerbegehren für unzulässig. Grund sei ein Formfehler. Das hat durchaus Tradition. So wurden in Köln bislang alle Bürgerbegehren mit dem Argument juristischer Unzulässigkeit von der Verwaltung ausgebremst. Die Initiativen kündigen Widerspruch und Klage an. Im Laufe des Jahres 2008 werden diverse neue Gutachten erstellt. Ein von der HGK selbst in Auftrag gegebenes Gutachten (PLANCO) bringt im Dezember u.a. zutage, dass auf dem bereits bestehenden Gelände des Niehler Hafens durchaus Kapazitäten geschaffen werden könnten, Container umzuschlagen. Ein Ausbau in Godorf wäre demnach keinesfalls zwingend. Bevor sich der Rat Anfang Februar erneut mit dem Thema befasst, geht die HGK in die Offensive und schafft Fakten: Am **30. Januar 2009** beginnt mit schwerem Räumgerät die Rodung der Sürther Aue.

Das sorgt für Empörung in der Bevölkerung, in der Folge formiert sich massiver Widerstand. Umgehend wird mit Unterstützung von BUND, Nabis, NABU, Attac u.a. eine Mahnwache am flugs errichteten Bauzaun installiert. Auch DIE LINKE. ist vor Ort. Es folgen Auencamp, Auenlied, Auenfrühstück, Auenfestival... Unter dem Motto „Rettet das Auenland – Gegen Klüngel und Naturzerstörung“ finden mehrere Demonstrationen statt. Erst als am 3. März das Kölner Stadtarchiv einstürzt, tritt der Konflikt etwas in den Hintergrund. Das Naturschutzgebiet ist zu diesem Zeitpunkt bereits weitgehend zerstört. Während im Laufe des Jahres alle namhaften Häfen und Logistikunternehmen deutliche Einbrüche bei Umsatz und Gewinn vermelden, treibt die HGK ihre Ausbaupläne in Godorf voran. Unter massivem Polizeischutz wird am 30. Mai offiziell der Baubeginn gefeiert. Gleichzeitig lassen sich außer OB Schramma sämtliche Kölner Spitzenpolitiker im Tipi, dem Protestzelt der Hafengegner die Leviten lesen. Grund sind die anstehenden Kommunalwahlen am **30. August 2009**. Wenig überraschend verlieren SPD und CDU im Kölner Süden überproportional viele Stimmen. Die Grünen verbuchen deutliche Zugewinne, während DIE LINKE. unverändert schwach bleibt. Die neue rot-grüne Mehrheit unter OB Roters klammert den Themenkomplex Hafenausbau in ihrem Koalitionsvertrag konsequent aus.

Am **2. September 2009** verfügt das Verwaltungsgericht Köln einen umfassenden Baustopp und hebt den zugehörigen Planfeststellungsbeschluss auf. Hintergrund ist, dass die HGK in ihren Gutachten mit falschen Zahlen argumentiert hat. Dieser Beschluss wird am **29. Juli 2010** vom Oberverwaltungsgericht in Münster bestätigt. Aufgrund des anhaltenden Baustopps regeneriert sich die Sürther Aue zunehmend. Am **15. Dezember 2010** erklärt die Untere Landschaftsbehörde die Aue wieder offiziell zum Naturschutzgebiet. Die Stadt Köln spricht von einem „formaljuristischen Akt ohne aufschiebende Wirkung“. Sobald ein neues Planfeststellungsverfahren eröffnet werde, ende auch der Naturschutz wieder.

Vor dem Hintergrund, dass die Bürger_innen dieses Landes gerade auch auf lokaler, kommunaler und regionaler Ebene deutlich (und mehr) Mitbestimmung einfordern, schlägt die SPD im **Februar 2011** eine Bürgerbefragung zum Ausbau des Godorfer Hafens vor. Dieser Vorstoß ruft verständlicherweise Skepsis hervor. So enthält die vorgelegte Vorlage beispielsweise ein Quorum, was bedeutet, dass sich mindestens 20 Prozent aller wahlberechtigten Kölner_innen gegen den Hafenausbau aussprechen müssten. Das wären (unrealistische) 155000. Hinzu kommt, dass das Primat der Politik keineswegs gebrochen wird, das Ergebnis mehr

Bürgerbegehren nach §26 GO



STOPPT DEN IRRSINN!

Am 30. August haben die Betonköpfe von CDU und SPD im Kölner Rat den **Ausbau des Godorfer Hafens** beschlossen - gegen jede Vernunft und alle anderen Ratsparteien. Ziel: Stärkung des Wirtschaftsstandorts Köln, Kosten: Schlappe 60 Millionen Euro! Die Notwendigkeit dieses Großprojekts wird von Experten allerdings bezweifelt. Ein Container-Umschlagplatz beispielsweise, könne auch im (bereits bestehenden) Niehler Hafen realisiert werden. Es droht eine **gigantische Fehlinvestition**. Mal wieder. Standort des Hafenausbaus wäre die Sürther Aue. Damit würden ca. 18 Hektar wertvollen Naherholungs- und **Naturschutzgebiets** unwiederbringlich vernichtet. Stattdessen werden Klimaschäden, Hochwasser und Überschwemmungen zunehmen, mit unabsehbaren Folgen... Verschiedene Naturschutzgruppen und engagierte Anwohner haben deshalb ein **Bürgerbegehren** auf den Weg gebracht: Alle KölnerInnen haben demnach die Möglichkeit, sich für die Aufhebung des o.g. Ratsbeschlusses auszusprechen. Entscheidend ist, wie viele Mitbürger sich mit ihrer Unterschrift beteiligen. Noch ist nichts verloren...

Weitere Infos und Unterschriftenlisten:
www.buergerbegehren-hafen.de (u.a.)

Bis Mittwoch, 29. Nov.
unterschreiben ✓

eine Art Empfehlung darstellt. Denn anders als Bürgerentscheide ersetzen Bürgerbefragungen keine Ratsbeschlüsse. Hinzu kommen Vorbehalte bezüglich des Zeitplans. Noch steht nämlich die Auswertung des vom Kölner Rat beschlossenen „Regionalen Logistikkonzeptes“ aus. Gleiches gilt für die Revision der Baustopp-Verfügung des Verwaltungsgerichts. Um über diese und andere Unzulänglichkeiten zu informieren, luden die Initiativen am **18. Februar 2011** zu einem Informations-Abend (siehe Info-Kasten).

Am **1. März 2011** setzt sich nach turbulenter Sitzung im Rat der Stadt Köln schließlich die Fraktion DIE LINKE. mit ihrem Vorschlag durch, eine demokratischere Bürgerbefragung durchzuführen: Zusammen mit Grünen und SPD wird beschlossen, **ALLE** Kölner_innen, d.h. auch die Nicht-EU-Bürger_innen einzubeziehen. Gleichzeitig wird das Quorum auf 10 Prozent abgesenkt, so wie es beispielsweise auch die Landes-SPD schon länger fordert. Diese Art von Volksabstimmung gab es bislang noch nie. Sie stellt, laut Fraktionssprecher Jörg Detjen, ein Novum für Köln dar und ein Vorbild für die ganze Bundesrepublik. Auch der Integrationsrat der Stadt Köln begrüßte die beschlossene Variante. Im Idealfall werden sich Migrant_innen in Zukunft öfter in demokratische Entscheidungsprozesse der Gesellschaft einbringen. Allerdings ist die Hürde, die genommen werden will, denkbar hoch: Rund 90000 Bürger_innen müssten demnach explizit gegen den weiteren Ausbau des Godorfer Hafens stimmen.

Linde Kasino Sürth

Am Freitag, den 18. Februar 2011 war das Kasino der Firma „Linde“ in Sürth bis auf den letzten Platz gefüllt. Grund: Die „Aktionsgemeinschaft Contra Erweiterung Godorfer Hafens“ hatte zu einer Infoveranstaltung geladen. Thema: „Bürgerbefragung: Bürgerfreundlich oder scheidemokratisch?“ Nachdem Moderator Manfred Giesen von der Bürgerinitiative „Für Sürth e.V.“ die Anwesenden - im Wesentlichen Anwohner und eine Handvoll Lokalpolitiker - begrüßt hatte, führte Dieter Neef von der Aktionsgemeinschaft umfassend in das komplexe Thema ein. Genußvoll arbeitete er sich an der Steilvorlage der Kölner CDU ab, welche den Ausbau des Godorfer



Hafens als „alternativlos“ bezeichnet hatte. Zunächst stellte er akribisch und überzeugend Alternativen zum Hafenausbau vor, welche sich beispielsweise aus dem Regionalen Logistikkonzept, das der Rat der Stadt Köln im Februar 2010 verabschiedet hat, ergeben. Abschließend zerpfückte er genüsslich das Gutachten, welches sich die HGK im Jahr 2008 von der Firma Planco erstellen ließ. Fazit: Der Ausbau in Godorf ist in keinster Weise notwendig. Im Gegenteil. Suggestiv, aber keineswegs polemisch stellte Helmut Feld anschließend die Frage „ob die SPD-Bürgerbefragung fair für die Bürger“ sei. Es gelang ihm, die eingebrachte Ratsvorlage als unfair, wenig demokratisch und hochgradig heuchlerisch zu entlarven. Form (Quorum) und Inhalt (Fragestellung) machten die Bürgerbefragung seiner Ansicht nach zu einem „demokratischen Feigenblatt, einem Täuschungsmanöver, einer Farce“. Der vormalige Ausbau-Befürworter (und ehemalige Wirtschaftsdezernent) Klaus Otto Fruhner wies als dritter Redner auf die konkrete Fehlentwicklung des Güterbahnhofs Eifeltor hin. Abweichend von der in der „Güterverkehrsrunde ‚92“ verabredeten Planung wurde dieser zwischenzeitlich zum größten Logistik-Standort Deutschlands ausgebaut. Inklusiv Flächenverbrauch, Umweltbelastung, etc. Weitgehend unaufgeregt und hysteriefrei, dafür sachlich und informativ verlief schließlich auch die Fragerunde, welche den Abend gegen 22Uhr beschloss. Die wenigen anwesenden Befürworter des Hafenausbau litten offensichtlich an argumentativer Materialermüdung und hielten sich vornehm zurück. Bezirksvertreter Mike Homann (SPD) oder Jan Zeese von der HGK äußerten sich ungewohnt einsilbig, räumten aber „Gesprächsbereitschaft“ ein.

Dieses Ziel kann nur mit immensem Aufwand und enormer Arbeit erreicht werden. Es gilt den „Schleier des Nicht-Wissens“ zu durchbrechen, zu diskutieren, zu agitieren und zu informieren. Es wird schon schwierig werden, die Mitbürger_innen, die nicht unmittelbare Anwohner_innen sind, davon zu überzeugen, sich überhaupt an der Befragung zu beteiligen. Zudem verfügen die Ausbau-Befürworter über eine mächtige Propaganda- und Marketing-Maschinerie. Nur mit Vernunft und sachlicher Information kann man schwerlich gegen diese bestehen. Es muss in den kommenden Monaten auch darum gehen, ihre Argumente und Beweggründe zu zerpfücken, aufzuweichen, im besten Falle ad absurdum zu führen. So kann man SPD und CDU daran erinnern, dass sie bislang jedes noch so unsinnige Großprojekt durchdrücken wollten. Sei es die Tieferlegung des Stuttgarter Bahnhofs oder der Bau einer U-Bahn im zentralen Köln. Wie politische Dinosaurier, immer mit dem Kopf durch die Wand. Koste es was es wolle. Die Betonköpfe von der IHK wollen natürlich immer „den Wirtschaftsstandort stärken“. Ihnen muss man entgegenhalten, dass beizeiten auch Wachstumsrücknahme eine Option darstellen kann. Auch auf die Gefahr hin, belächelt zu werden. In Zeiten von Klima-, Umwelt- und Hochwasserschutz ist eben die Renaturierung von Flussufern, d.h. die Wiederherstellung natürlicher

Sicker- und Ablaufflächen mitunter sinnvoller als weitere ungebremste Versiegelung. Dem DGB geht es – wie immer – um Arbeitsplätze. Wäre es denn ein Weltuntergang, wenn diese dann eben in Niehl, Bonn oder Leverkusen entstünden? Gegebenenfalls auch in Duisburg oder Rotterdam. Zudem geht es hier auch nicht um eine zukunftsorientierte HighTech-Branche, sondern um, ja: eine Handvoll (hochsubventionierter) Hafentarbeiter. Also bitte! Wie bereits eingangs erwähnt, ist schon die Fragestellung der Bürgerbefragung problematisch. Denn ein Ausbau stellt ja per se erstmal etwas Positives dar, das klingt konstruktiv und fortschrittlich. Die Formulierung ist also suggestiv, mindestens aber euphemistisch. Man sollte also im Vorfeld genau darauf achten, wie die Informationsschrift zur Befragung, die vom Büro des Oberbürgermeisters in diversen gängigen Vermittlungsformen (Medien) in Umlauf gebracht werden wird, verfasst ist. Es steht zu hoffen, dass DIE LINKE. es schafft, ihre Mitglieder zu motivieren, zu aktivieren und zu mobilisieren um ein gutes Ergebnis der nun beschlossenen ersten Kölner Volksabstimmung zu erreichen. Sowie in den Wahlkämpfen der vergangenen Jahre. Schwierig wird es allemal. Aber schon die alten Lateiner wussten, dass niemand verpflichtet ist, Unmögliches zu leisten: Ultra posse nemo obligatur.

Michael Scheffer